



Die SP ist *die* Partei des Feminismus in der Schweiz

Referat von Christian Levrat, Präsident SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Von den Wahlen in Deutschland über das Ergebnis der AHV-Abstimmung bis zur Entscheidung im Kanton Zürich, vorläufig aufgenommen die Sozialhilfe zu kürzen – der 24. September bleibt als schwieriger Tag in Erinnerung. Ein schwieriger Tag, der bei vielen von uns für schlechte Stimmung gesorgt hat. Eine schlechte Stimmung, die durch die guten SP-Resultate bei den Gemeindewahlen im Aargau und in Bern zwar etwas gemildert wurde. Die dadurch aber nicht vertrieben wurde.

Die Ergebnisse aus Berlin markieren eine neue Etappe auf dem schwierigen Weg der europäischen Sozialdemokratie. Der *PS français* ist klinisch tot, der *partito democratico* in Italien ist vom Auseinanderbrechen bedroht, unsere Freunde in Österreich haben sich mit ihrer Wahlkampagne selbst das Grab geschaufelt – von den Schwierigkeiten der linken Parteien in Südamerika gar nicht erst zu reden. Aber lassen wir das und konzentrieren wir uns auf unsere Stärken, dank denen wir in den letzten Jahren trotz Gegenwind unser Fundament festigen konnten: Die Lust an der Debatte, der Willen über das Tagesgeschäft hinauszublicken, die Entschlossenheit die herrschenden politischen Blockaden zu überwinden.

AHV und Altersvorsorge: Die SP ist und bleibt die Garantin unserer Renten

Dieser Wille hat es uns erlaubt, der Bevölkerung eine Revision der Altersvorsorge vorzulegen, die zum ersten Mal seit 40 Jahren eine Erhöhung der AHV-Renten mit sich brachte. Das ist umso bemerkenswerter, wenn man sich die schwierigen politischen Umstände anschaut – mit einer Mehrheit der Rechten im Nationalrat wie im Bundesrat. Und das noch vor der Wahl von Ignazio Cassis, aber darauf komme ich noch zurück.

Für diese AHV-Kampagne hat die Partei alle Ressourcen mobilisiert. Und trotz des Resultats – oder vielleicht genau deswegen – möchte ich euch für euren gewaltigen Einsatz danken. Ich möchte euch sagen, dass wir genau am richtigen Ort waren, im Herzen des sozialdemokratischen Engagements der letzten 125 Jahre. Ich möchte euch auch sagen, dass wir uns von einem vorübergehenden Rückschlag nicht entmutigen lassen dürfen. Die AHV ist im Nachgang an den Landesstreik von 1918 entstanden. Wo wüsste man das besser als hier in Olten! Wir werden nächstes Jahr das 100-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks gemeinsam feiern. Das ist *die* Gelegenheit, an die wichtigsten Ereignisse der Schweizer Geschichte zu erinnern:

1848, die einzige liberale Revolution in Europa, die Geburtsstunde der modernen Schweiz, ihrer Institutionen und ihrer politischen Freiheiten.

1918, der einzige Generalstreik in der Schweizer Geschichte, Geburtsstunde der sozialen Schweiz; die zentralen Forderungen des 20. Jahrhunderts wurden dort aufgestellt, von der AHV, über das Frauenstimmrecht, das Proporzwahlrecht, den Mindestlohn bis hin zur Arbeitslosenversicherung.

Wir haben 30 Jahre gebraucht, mehrere Niederlagen an der Urne und eine denkwürdige Geduld und Widerstandskraft, um die AHV endlich zu erschaffen, das war 1948. Wir haben weitere Jahrzehnte gebraucht, um sie insgesamt zehn Mal zu revidieren und zu verbessern, zuletzt 1995. Nun aber müssen wir die AHV leider seit 20 Jahren gegen die Angriffe von rechts verteidigen. Zuerst indem wir 2004 die kompensationslose Erhöhung des Frauenrentenalters verhindert haben und dann, indem wir 2010 die Senkung des Umwandlungssatzes verhindert haben. Ohne Kompensation wäre das eine pure Rentensenkung gewesen.

Nun hatten wir am 24. September zum ersten Mal die Chance, diese Logik umzukehren. Wir hatten die Chance, die Altersvorsorge zu reformieren, ohne die Renten zu senken und ohne das Rentenalter über 65 zu erhöhen. Ganz zu schweigen davon, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters kompensiert worden wäre – vollständig für die kleinen Einkommen, teilweise für die höheren Einkommen.

Das Scheitern dieser sozialen Offensive ist natürlich sehr bedauerlich und es ist normal, dass wir uns kritische Fragen stellen. Unsere Mitglieder stellen uns Fragen. Sie schreiben uns: Wie ist es möglich, dass nach einer Urabstimmung, die eine massive Unterstützung von über 90% ergeben hat, sich eine Kantonalsektion gegen die Reform stellt? Dass die Genfer Sektion – um die geht es hier – sich erlaubt hat, die Reform zu bekämpfen und jegliche demokratischen Regeln zu missachten? Und sie schreiben uns: Wie könnt ihr akzeptieren, dass die Juso sich bei einer so wichtigen Abstimmung auf die Seite von FDP und SVP schlägt?

Es tut mir leid, wenn ich so direkt sein muss, aber ehrlich gesagt sind die Nachrichten die uns erreichen, im Original noch viel deutlicher und härter. Als Präsident der SP Schweiz steht es mir jedoch nicht zu, gute oder schlechte Noten zu verteilen. Jeder soll sein Gewissen selbst prüfen, ich werde weder den Schulmeister für die Kantonalparteien noch den Papa für die Juso spielen. Jeder und jede muss ernst genommen werden. Und jeder und jede muss sich selbst gegenüber seiner Wählerschaft verantworten. Darum sage ich es ganz ernsthaft und nüchtern: Einige von uns haben vor drei Wochen das Eigengol das Jahrhunderts geschossen. Sie haben die Erwartungen ihrer Mitglieder oder ihrer Wählerschaft nicht erfüllt. Sie haben nicht begriffen, dass wir nach 20 Jahren Defensive erstmals Fortschritte erzielt haben, dass wir endlich wieder in die Offensive hätten gehen können, dass wir das Leben der sozial Schwächsten hätten verbessern können, indem die AHV gestärkt worden wäre. Sie haben die Chance, die sich geboten hat, nicht gepackt. Sie sind im Stillstand verharret. Und was am bedauerlichsten ist: Sie haben sich zu Verbündeten der Rechtsausen-Parteien gemacht.

Diese Bemerkungen sind nicht einfach das Echo einer legitimen Frustration. Es ist vielmehr meine Pflicht als Parteipräsident, Bilanz über unsere Aktionen zu ziehen. Und darum muss ich heute feststellen, dass wir ohne die Gegnerschaft aus den eigenen Reihen – sowie vom K-Tipp – die Abstimmung gewonnen hätten. Diese Feststellung ist wichtig für die nächste Reform, denn die Rechte sieht sich als einzige Vertreterin jener Stimmen, die zu einem Nein geführt haben. Darum ist ihre Gegenattacke frontal: Erhöhung des Frauenrentenalters ohne ernsthafte Kompensation zusammen mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Und das ist der Vorschlag der halbwegs vernünftigen Rechten. Die anderen, angeführt vom Arbeitgeberverband, fordern Rentenalter 67 für alle und eine Senkung des Umwandlungssatzes.

Die Abstimmungsanalysen, die bisher veröffentlicht wurden, sind allerdings ziemlich klar: Die Altersvorsorge 2020 ist an einer Kumulation der Gegenargumente gescheitert. Aber keine der Alternativen – vor allem nicht jene der Rechten – hat eine Chance, in einer Volksabstimmung eine Mehrheit zu finden.

Die Arbeiten an der Altersvorsorge gehen weiter. Darum lohnt es sich, nochmals in Erinnerung zu rufen, bei was die SP nicht mitmachen wird: Es kommt nicht in Frage, das Rentenalter über 65 zu erhöhen; es kommt nicht in Frage, die Renten zu senken; und es kommt nicht in Frage, das Frauenrentenalter ohne Kompensation zu erhöhen. Die Frage, die wir an die Sieger des 24. Septembers stellen, ist darum klar: Seid ihr bereit, mit uns zusammen eine wirklich ausgewogene Reform zu erarbeiten? Eine Reform, die es erlaubt, das Rentenalter und die Höhe der Renten zu erhalten? Eine Reform, die nicht auf dem Buckel der Frauen ausgearbeitet wird? Falls sie dazu nicht bereit sind, habe ich nur eine Botschaft an FDP, SVP, Arbeitgeber und Gewerbeverband: Bereitet euch schon jetzt gut auf die Volksabstimmung vor!

Die SP wird bei der Frage der Renten niemals nachgeben. Sie ist die Partei der AHV. Sie hat die AHV gefordert, sie hat sie erfunden, sie hat sie entwickelt und sie hat sie verteidigt. Die SP ist die Garantin unserer Renten und sie hat vor, das zu bleiben – mit aller Energie und aller Umsicht, die diese Aufgabe von uns verlangt.

Ein Manifest für die Gleichstellung

Man hat mir gestern die Frage gestellt: Bist du Feminist? Ja, natürlich! Aus politischer Überzeugung. Aber auch, weil ich zwei Töchter habe und die Aussicht, dass sie dereinst weniger verdienen sollen als ihr Bruder, für mich unerträglich ist. Weil die gläserne Decke nach wie vor Realität ist und weil die strukturellen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts in unserer Gesellschaft leider nach wie vor häufig sind.

Ich bin Feminist, weil ich glaube, dass der Kampf für Gleichstellung über die Beziehungen Mann-Frau hinausgeht. Es ist Kampf für die menschliche Würde, ein Kampf für eine inklusive Gesellschaft, die auf gleichen Chancen für alle basiert. Ich bin also Feminist und ich bin stolz auf die Geschichte unserer Bewegung, stolz darauf, heute mit euch das 100jährige Jubiläum der SP Frauen* feiern zu dürfen.

Ich bin aber auch stolz auf unsere starke Frauenvertretung: Seit 1993 hat die SP immer mindestens eine Bundesrätin gehabt – und mit Micheline Calmy-Rey und Simonetta Sommaruga kurzzeitig sogar ein Frauenduo. Unsere Partei hat quasi Parität, was die Regierungsräte und Regierungsrätinnen in den Kantonen angeht. Unsere Partei zählt eine Frauenmehrheit im Bundesparlament. Und sie zählt auch eine Frauenmehrheit im Präsidium, wo drei Männer und sechs Frauen zusammenarbeiten.

Ich bin stolz auf die SP Frauen* und freue mich zu sehen, dass sie auch vor interner Kritik nicht zurückschrecken. Man kann sich immer verbessern und wir müssen unser Handeln permanent überprüfen und hinterfragen, auch unter dem Blickwinkel der Gleichstellung. Aber wir müssen gleichzeitig klar sagen: Wenn die Gleichstellung in der Schweizer Politik zurückgeht, dann sitzen die Schuldigen auf der rechten Seite.

Die Freisinnigen haben genau eine einzige Nationalrätin in der ganzen lateinischen Schweiz, Isabelle Moret. Sie haben sie als Alibikandidatur für den Bundesrat präsentiert, um die Wahl von Ignazio Cassis zu sichern. Die Präsidentin der FDP Frauen hat die einzige Frauenkandidatur am Tag von Burkhalter's Rücktritt fallengelassen. Die Wahlkampagne war skandalös, in den Medien wurden private Details verhandelt – ohne dass die FDP ihre Kandidatin irgendwie geschützt oder verteidigt hätte.

Die Medien und die FDP-Führung tragen eine schwere Verantwortung. Die Verantwortung dafür, eine echte Debatte verunmöglicht zu haben. Sie hätten Isabelle Moret und Ignazio Cassis die gleichen Fragen stellen, ihnen die gleichen Vorwürfe machen müssen. Nämlich jenen, den alten freisinnigen Filz mit der Wirtschaft fortzuführen, indem sie ihre politischen Ämter in den Dienst der Unternehmen stellen, die sie vertreten. Und den Vorwurf, dass sie mehr die Vertreter von Privatinteressen als die Vertreter des öffentlichen Interesses sind. Das ist Gleichberechtigung: In der Politik den Mann und die Frau gleich behandeln, ihnen die gleichen Fragen stellen, um dann am Wahltag die gleichen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Vorwürfe an die SP sind darum unglaublich plump und einfältig. Sie sind ein Ablenkungsmanöver, und erst noch ein offensichtliches. Umso erstaunlicher, dass einige unter uns sich dafür einspannen liessen. Wenn die FDP Frauen seit 1989 nicht mehr im Bundesrat vertreten sind, dann liegt es daran, dass es in der FDP kaum Frauen gibt, weder in den Gemeinden, noch in den kantonalen Parlamenten und Regierungen und erst recht nicht im Bundesparlament. Weil diese Partei die Frage der Gleichstellung dort nie ernst genommen hat, wo es wirklich zählt: An der Basis, in den Sektionen. Weil sie sich geweigert hat, zwei Frauen für die Wahl vorzuschlagen, wie wir es gefordert haben, um uns eine Auswahl zu bieten. Wer will, der kann auch! Wir haben es nun schon drei Mal vorgemacht, indem wir 100%-Frauentickets gebracht haben. Und weil die FDP es nicht gewagt hat, Laura Sadis aufs Ticket zu nehmen – aus Angst dass sie Ignazio Cassis hätte gefährlich werden können.

Dass sie es wagen, uns ihr eigenes Versagen zum Vorwurf zu machen, ist kaum zu glauben. Wenn SVP und FDP mit vier Männern im Bundesrat vertreten sind, dann weil ihnen Gleichstellung schlicht egal ist. Sie zeigen es jeden Tag, zum einen mit ihrer politischen Vertretung, ich habe es gesagt. Aber auch mit ihrer Politik: Sie wehren sich gegen eine gleichmässige Vertretung der Geschlechter in den Führungsetagen der Unternehmen, sie

blockieren selbst minimale Fortschritte in Sachen Lohngleichheit und sie kürzen das Budget des Gleichstellungsbüros.

Das Manifest der SP Frauen*, über das wir heute diskutieren, würdigt die Tausenden von sozialdemokratischen Frauen sowie ihre Kämpfe und Forderungen: Für das Frauenstimmrecht, für die Revision des Familienrechts, für das Recht auf Abtreibung, für bessere Arbeitsbedingungen. Wenn die SP heute *die* Partei des Feminismus in der Schweiz ist, dann verdanken wir das diesen Frauen.

Das Manifest vor uns ist mit dieser Geschichte auf Augenhöhe. Es setzt die Prioritäten ganz klar auf die sozio-ökonomischen Fragen, auf die strukturelle Diskriminierung, der nach wie vor viele Frauen ausgesetzt sind. Es zeigt, wo die künftigen Kämpfe ausgefochten werden:

- Zuerst nach wie vor die Lohngleichheit. Weil die Lohndifferenz von fast 20 Prozent schlicht ein Skandal ist und nach einer sofortigen Korrektur verlangt.
- Dann eine Besserstellung der Care-Arbeit, der Pflege, der Unterstützung von Verwandten – alle jene Tätigkeiten, die so genannt „ehrenamtlich“ oder „unentgeltlich“ sein sollen. Dieses Engagement wird zu einem grossen Teil von Frauen geleistet. Es muss endlich anerkannt und honoriert werden, auch finanziell und im Hinblick auf die Sozialversicherungen.
- Schliesslich die Frage der Arbeitszeitreduktion. Die SP Frauen* und die Geschäftsleitung schlagen 35 Stunden als Ziel vor. Mit der Steigerung der Produktivität, nicht zuletzt im Zuge der Digitalisierung, ist das zu erreichen. 35 Stunden sind – im Gegensatz zum Vorschlag der Juso – realistisch genug, um in der politischen Diskussion ernst genommen zu werden.

Die SP lebt von Debatten

Genossinnen und Genossen,

Ich konnte in den letzten Wochen wieder mal lesen, wir wären zerrissen, die DV heute würde eine „Zerreissprobe“. Wegen der 99%-Initiative der Juso, wegen der Armee, wegen der 35-Stunden-Woche, wegen dem Feminismus.

Lasst mich darum zuerst eines sagen: Ich bin glücklich, Präsident einer Partei zu sein, die diskutiert. Debatten sind Teil unserer Identität, unserer DNA! Ich bin glücklich, dass eine interne Debatte über Feminismus beweist, wie wichtig uns das Thema ist und wie ernst wir es nehmen. So ernst, dass es keine Tabus und keine Denkverbote gibt.

Lasst mich euch auch sagen, dass die Diskussion, die wir über die Armee haben werden, etwas ist, was die SP Schweiz seit ihrer Gründung begleitet. Die europäische Linke hat schon immer einen pazifistischen Flügel gehabt und einen eher internationalistischen Flügel, der auf Zusammenarbeit setzt, auch militärische. Ihr wisst es, ich gehöre eher zu diesem zweiten Flügel. Aber wir sind uns wohl alle einig, dass beide Flügel unsere Geschichte geprägt haben, mal mehr der eine, mal mehr der andere.

Lasst mich euch ebenfalls sagen, dass man die Juso zurecht kritisieren darf und soll, zum Beispiel für ihre Position zur AHV. Aber dass die Juso genauso zur sozialdemokratischen

Familie gehört wie die Mitglieder, die sich als „reformorientierte Plattform“ zusammengeschlossen haben. Um es pointiert auszudrücken: Die SP reicht von Tamara Funicello bis Daniel Jositsch und schliesst sie alle mit ein, die eine wie den anderen. Besser noch: Die SP lebt von den Diskussionen zwischen diesen und jenen.

Ihr müsst nicht meinen, das wäre die Position eines Mediators, der Angst hat, dass die Wogen hoch gehen. Ihr wisst, dass ich mein Amt nie als Mediator begriffen habe, sondern vielmehr als Animator. Ein Animator, der Fragen stellt, Antworten vorschlägt und die Debatte organisiert. Diese Debatten, die wir uns wünschen, entstehen durch unterschiedliche Vorschläge und Analysen. Sie sind keine Gefahr für unsere Partei, im Gegenteil, sie machen unsere Partei erst stark.

Darum dürfen wir der Juso danken, weil sie diese Debatten ermöglichen. Weil wir „Nein“ sagen können, wenn sie sich irren. Zum Beispiel bei der AHV oder bei der 25-Stunden-Woche. Und weil wir „Ja“ sagen können, wenn sie die richtigen Fragen stellen, zum Beispiel bei 1:12, bei der Spekustopp-Initiative oder bei ihrer Initiative zur Besteuerung von Kapitalgewinnen. Ebenso dürfen wir anerkennen, dass der rechte Flügel unserer Partei sich organisiert hat. Sie bringen sich ein und formulieren Positionen, die wir ablehnen können – zum Beispiel die forcierte Flexibilisierung der Arbeitszeit, die ich zumindest ablehne – oder die wir unterstützen können, was mich betrifft zum Beispiel in der Sicherheitspolitik.

Auch hier unterscheiden wir uns von unseren europäischen Genossen: Wir haben die Fähigkeit zu diskutieren, ohne uns zu zerreißen; wir haben die Lust und den Willen, zu debattieren – kontradiktorisch, aber konstruktiv.

Die Partei, die wir lieben, ist eine solidarische, feministische, engagierte Partei. Wir haben den Anspruch der Ort zu sein, an dem die relevanten linken Diskussionen geführt werden. Diesen Anspruch leben wir heute und ich danke euch, dass ihr einen ganzen Tag dafür verwendet und ich freue mich darauf, diese Debatten zu verfolgen.